

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen
am Mittwoch, **07.06.2006**, 17:10 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

SprecherInnen und stellvertretende SprecherInnen der Gruppen von Menschen mit Behinderungen und der Arbeitsgruppen

Frau Maria Albrecht, Frau Kirsten Faust, Herr Wulf Greiling ab 17.15 Uhr, Herr Ulrich Hohenbrink bis 19.15 Uhr, Frau Gisela Holtz, Frau Dr. Ursula Hoppe, Herr Otmar Knüvener, Frau Angela Möllers, Frau Maria Pinke ab 17.30 Uhr, Frau Elisabeth Proppe bis 19.10 Uhr, Herr Andreas Roters-Rüskamp bis 19.30 Uhr, Herr Franz-Josef Sauer ab 17.25 Uhr, Frau Elisabeth Wibben

von der CDU-Fraktion

Herr Franziskus-Pius Graf von Merveldt,

von der SPD-Fraktion

Frau Marianne Koch,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Brigitte von Schoenebeck,

von der FDP-Fraktion

Herr Matthias Gruber, Frau Gisela Schulze Horn bis 19.00 Uhr,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Frau Hannelore Wiesenack-Hauß bis 19.30 Uhr,

von der Verwaltung

Frau Ulrike Bühn, Frau Dr. Christiane Kappenstein, Frau Christiane Köhling, Herr Markus Pohlmann, Herr Ludger Wildenhues, Herr Michael Willamowski,

für die Schriftführung

Frau Doris Rüter,

Gäste:

Frau Bugiel, Seniorenrat

Es fehlten:

Herr Alex Engels, Frau Gabriele Markerth, Herr Rolf Weckesser

nichtöffentlicher Sitzungsteil keiner

Tagesordnung:

- | | | |
|--------------------------|------|--|
| | 1. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0448/2006</u>
IV | 3. | Adolph-Kolping-Schule (Gebäude 1), Lotharingerstr. 30 - Behindertengerechte Erschließung - Errichtungs-, Planungs- und Baubeschluss - |
| <u>V/0370/2006</u>
V | 4. | Rolle der Stiftungen in der Bürgergesellschaft; Bericht zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung der Stiftungskommission vom 12.01.2006 |
| <u>V/0386/2006</u>
I | 5. | Bericht über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und schwerbehinderten Menschen Gleichgestellte bei der Stadt Münster |
| <u>V/0433/2006</u>
I | 6. | Vorlage Nr. V/0211/2006; Antrag Nr. 0001/2006 der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen "Förderung der Beschäftigung schwer behinderter Menschen und Förderung der Ausbildung schwer behinderter Jugendlicher" |
| <u>V/0307/2006</u>
V | 7. | Arbeitsbericht des Gesundheitsamtes 2005 |
| <u>V/0344/2006</u>
V | 8. | Geschäftsbericht 2005 des Sozialamtes |
| | 9. | Anträge und Berichte aus den Arbeitsgruppen |
| | 9.1. | Antrag der AG 1: Gemeinsamer Unterricht in der Sekundarstufe I |
| | 9.2. | Berichte aus den Arbeitsgruppen |
| | 10. | Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist |
| | 11. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Frau Koch informierte, dass in Ergänzung zur bereits versandten Tagesordnung die

Beschlussvorlage an den Rat „V/0448/2006: Adolph-Kolping-Schule (Gebäude 1), Lotharingerst. 30 – Behindertengerechte Erschließung – Errichtungs-, Planungs- und Baubeschluss“ als TOP 3 in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Ferner werde die Beratung von TOP 7 unmittelbar nach TOP 3 erfolgen, da Frau Dr. Kappenstein im Anschluss an die KIB an einer weiteren Ausschusssitzung teilnehmen muss. Die KIB war mit diesen Änderungen einverstanden.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Frau Rüter informierte:

2.1 Rücktritt der stellvertretenden Sprecherin für die Gruppe der Frauen und Mädchen mit Behinderungen in der KIB

Frau Nadja Lammers ist als stellvertretendes Mitglied für die Gruppe der Frauen und Mädchen mit Behinderungen zurückgetreten. Eine neue Stellvertreterin ist noch nicht benannt.

2.2 Anregungen und Anträge der KIB aus der Sitzung am 12.01.2006:

Stellungnahme der KIB vom 27.04.2006 zur Beschlussvorlage V/0201/2006 an die Bezirksvertretung Münster-Mitte: Bau der öffentlichen Einrichtung „Kreativkai“ – Baubeschluss

Die Bezirksvertretung Münster-Mitte hat die Vorlage aufgrund der Stellungnahme der KIB nicht beschlossen. In der Sitzung der AG 5 der KIB am 16.05.2006 stellten die beteiligten Fachämter neue Gestaltungsvorschläge vor. Die Bezirksvertretung Münster-Mitte hat sich in ihrer Sitzung am 30.05.2006 für eine Pflasterung des Weges in einer Breite von 3,50 m mit indischem Sandstein ausgesprochen. Der Weg wäre dann auch mit dem Rollstuhl gut befahrbar. Die Verwaltung hatte den Vorschlag vor der Sitzung der Bezirksvertretung Münster-Mitte mit Herrn Greiling abgestimmt.

Frau Schulze Horn stellte Fotos von der Pflasterung in der Innenstadt in Schwerin zur Verfügung – diese wurden in Umlauf gegeben. Ferner gab Herr Sauer ein Foto vom ältesten Straßenpflaster in Frankreich in Umlauf.

2.2 Anregung aus der Sitzung der KIB am 17.11.2005: „Arbeit und Behinderung“ als Thema beim Business breakfast

Herr Dr. Robbers von der Wirtschaftsförderung Münster GmbH hat die Idee aufgegriffen – ein Treffen bei der Westfalenfleiß gGmbH wird geplant.

2.3 Veröffentlichungen

Folgende Broschüren liegen vor:

Das Integrationsamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe hat die Broschüre „Talentprobe - wie Jugendliche mit Behinderungen von der Schule in den Beruf kommen“

und den Flyer „Informationen zum betrieblichen Eingliederungsmanagement“ herausgegeben.

Das Sozialamt hat das Informationsblatt zum Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen aktualisiert. Ferner gibt es ein neues Merkblatt zur Berechnung der Einkommens- und Vermögensgrenzen. Diese Unterlagen sowie der Antrag für den Fahrdienst sind auch im Internet abrufbar (www.muenster.de/komm, dort unter Publikationen).

2.4 Veranstaltungen/Termine

Im Rahmen der Fußball WM 2006 der Menschen mit Behinderung führt die DJK Sportjugend Münster in Kooperation mit der Lebenshilfe Münster und der Westfalenfließ gGmbH am 05.08.2006 einen Aktionstag auf dem Hafenplatz durch. Die Ankündigung wurde in Umlauf gegeben.

Die VHS bietet ab September ein Einführungsseminar für Radiomacherinnen mit und ohne Behinderungen an. Auch Beiträge von Vereinen und Gruppen behinderter Menschen sind willkommen. Informationen zu dem Seminar wurden ausgelegt.

Am 15.06.2006 findet die „Natur-Kultur-Tour“ zum Thema „Die Ems im Wandel der Zeit“ statt. An dieser Fahrradtour können auch FahrerInnen von Rollfietsen und Handbikes teilnehmen. Nähere Informationen erteilen Kirsten Faust und Gisela Holtz von Zugvogel e.V..

Punkt 3 der Tagesordnung V/0448/2006

Adolph-Kolping-Schule (Gebäude 1), Lotharingerstr. 30 - Behindertengerechte Erschließung - Errichtungs-, Planungs- und Baubeschluss -

Herr Pohlmann erläuterte die Vorlage.

Die KIB begrüßte die vorgesehene Maßnahme, regte aber an, zukünftig Planungen früher in der KIB bzw. der AG Stadtplanung und Verkehr der KIB vorzustellen, damit evtl. Anregungen zur barrierefreien Gestaltung rechtzeitig weitergegeben werden können.

Frau Dr. Hoppe wies darauf hin, dass die Aufzugskabine so groß sein muss, dass auch Menschen mit breiteren Rollstühlen den Aufzug nutzen können. Frau Koch bat darum, bei der Gestaltung des Aufzuges auch die Belange blinder und sehbehinderter sowie hörbehinderter Menschen zu berücksichtigen und verwies dazu auf die Anregungen der KIB zum Aufzug im Stadttheater.

Die KIB stimmte dem Beschlussvorschlag einstimmig zu und empfahl dem Hauptausschuss folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

- 1. Im Gebäude der Adolph-Kolping-Schule wird ein Aufzug eingebaut, um eine behindertengerechte Erschließung des Gebäudes zu erreichen.**

2. Dem Einbau des Aufzuges nach den beigefügten Plänen (Anlage 1) wird zugestimmt.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sowohl Kosten in Höhe von 150.000,00 €, als auch geringe Folgekosten für die spätere Wartung der Aufzugsanlage entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush. - jahr	Betrag €	Bemerkung
2400.940.1120. 7	Bauk. Adolph-Kolping-Schule – Einbau Aufzug	2006	150.000,00	
Insgesamt:			150.000,00	

Der Rat stimmt gem. § 82 Abs. 1 GO NW der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2006 im Vermögenshaushalt bei der HHSt. 2400.940.1120.7 in Höhe von 150.000,00 € zu.

Deckung: Entnahme aus der allgemeinen Rücklage.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0370/2006

**Rolle der Stiftungen in der Bürgergesellschaft;
Bericht zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung der Stiftungskommission vom 12.01.2006**

Herr Wildenhues informierte über die wesentlichen Inhalte der Vorlage. U.a. wies er darauf hin, dass zurzeit die Aktualisierung des KOMM-Projektes geplant wird. Er teilte ferner mit, dass ein barrierefreies Wohnangebot in der im Eigentum der Stiftungen stehenden Wohnanlage in der Heisstraße entstehen soll. Dazu kooperiert die Stiftungsverwaltung mit dem Verein Ambulante Dienste.

Frau Holtz regte an, bei der Prüfung, ob im Rahmen von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen Wohnungen barrierefrei erschlossen werden können, die städtische Wohnberatung einzubeziehen. Ferner berichtete sie, wie schwierig es sein kann, dass Gruppen, die neue Wohnformen für behinderte Menschen in Münster realisieren wollen, z.B. das Projekt Alternatives Wohnen mit Assistenz, geeigneten Wohnraum finden und wie wichtig daher eine Unterstützung durch die Stiftungsverwaltung ist.

Frau Faust regte an, im Gesundheitshaus eine Infoveranstaltung über die Möglichkeiten der Förderung durch Stiftungen durchzuführen. Herr Wildenhues stellte in Aussicht, dass eine solche Veranstaltung durchgeführt werden kann.

Nach der Beantwortung weiterer Fragen durch Herrn Wildenhues nahm die KIB den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0386/2006**

Bericht über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und schwerbehinderten Menschen Gleichgestellte bei der Stadt Münster

Frau Bühn stellte den Bericht vor.

Im Anschluss beantworteten Frau Bühn und Frau Köhling Nachfragen der Mitglieder. Sie wiesen insbesondere darauf hin, dass angesichts der Haushaltskonsolidierung kaum noch Einstellungen erfolgen und es ferner ohne die Bereitstellung zusätzlicher Mittel nicht möglich sei, weitere Beschäftigungsmöglichkeiten für behinderte Menschen zu schaffen. Mehrere Mitglieder der KIB gaben zu bedenken, dass dieses Argument zumindestens nicht für die geringe Vergabe von Aufträgen an Werkstätten für behinderte Menschen herangezogen werden könne. Sie regten an, dass in der gesamten Verwaltung geprüft wird, welche Möglichkeiten der Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen bestehen, da die Auftragsvergabe an Werkstätten angesichts des Gesamtvolumens des städtischen Haushaltes deutlich zu gering sei.

Ferner sprach sich die KIB dafür aus, die Beschäftigungspolitik auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung aktiv zu gestalten und Möglichkeiten für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen zu schaffen.

Auf Nachfrage informierte Frau Köhling, dass das geplante Beschäftigungsprojekt im Stadtmuseum bisher noch nicht realisiert werden konnte, die Umsetzungsmöglichkeiten aber weiter geprüft werden.

Herr Sauer wies auf das Haushaltsgesetz 2006 des Landes NRW hin, in dem besondere Regelungen getroffen wurden, um Beschäftigungsmöglichkeiten für schwerbehinderte Menschen zu erhalten und zu schaffen. Ein Auszug aus dem Gesetz ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt. Ferner teilte er mit, dass die Stadt Münster bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im Vergleich mit anderen Kommunen im Bereich Westfalen-Lippe fast an letzter Stelle stehe.

Die KIB nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0433/2006**

Vorlage Nr. V/0211/2006; Antrag Nr. 0001/2006 der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen "Förderung der Beschäftigung schwer behinderter Menschen und Förderung der Ausbildung schwer behinderter Jugendlicher"

Frau Bühn stellte die Vorlage vor. Sie und Frau Köhling beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Der Anregung von Frau von Schoenebeck, die Vorlage auch im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung zu beraten, begegnete Herr Willamowski mit dem Hinweis, dass der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung der zuständige Fachausschuss sei.

Im Verlauf der Diskussion wiesen Mitglieder der KIB u.a. darauf hin, dass im Bereich der Ausbildung nicht die Bemühungen um verschiedene Personengruppen wie z.B. Jugendliche mit Migrationshintergrund oder anderen ungünstigen sozialen Randbedingungen einerseits und schwerbehinderte Jugendliche andererseits miteinander „aufgerechnet“ werden sollten. Herr Sauer wies in diesem Zusammenhang auch auf die Möglichkeit hin, dass behinderte Jugendliche während der Zeit einer Berufsausbildung in Betrieben schwerbehinderten Menschen gleichgestellt werden können, auch wenn der Grad der Behinderung weniger als 30 beträgt oder ein Grad der Behinderung nicht festgestellt ist.

Insgesamt bedauerte die KIB, dass der Antrag der KIB nicht zum Anlass genommen wurde, konzeptionelle Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen bei der Stadtverwaltung zu entwickeln sowie zu prüfen, wie das Auftragsvolumen an Werkstätten für behinderte Menschen gesteigert werden kann. Die Erläuterungen der Personalverwaltung, warum es in Zeiten der Haushaltskonsolidierung schwierig ist, die im Antrag genannten Ziele zu erreichen, konnten zwar teilweise nachvollzogen werden. Die KIB wies aber darauf hin, dass gerade in solchen Zeiten eine aktive Beschäftigungspolitik für behinderte Menschen wichtig sei und die Entwicklung eines Handlungskonzeptes erfordere.

Herr Graf von Merveldt erläuterte und begründete den von der CDU in der Sitzung vorgelegten Änderungsantrag.

Nach kurzer Diskussion einigten sich die Mitglieder der KIB einstimmig auf folgenden **geänderten** Beschlussvorschlag und empfahlen dem Hauptausschuss, wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

- 1. Der Bericht der Verwaltung zum Antrag der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie sich trotz der vorrangigen Ausrichtung aller Maßnahmen auf die Haushaltskonsolidierung Handlungsspielräume ergeben, um über das beschriebene Engagement hinaus die Situation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern und die Zahl der beschäftigten behinderten Menschen in der Verwaltung weiter zu erhöhen.**

Insbesondere ist zu prüfen,

- a) wie trotz insgesamt sinkenden Auftragsvolumens der prozentuale Anteil der Vergaben an Werkstätten für behinderte Menschen gesteigert werden kann.**

- gert und sonstige Dienstleistungen von Einrichtungen für behinderte Menschen bezogen werden können,
- b) wie die Zahl der Auszubildenden mit Behinderung gesteigert werden kann mit der Zielsetzung, im Anschluss daran die Übernahme in Abhängigkeit des Personalbedarfs und der Bestenauslese unter Beachtung der behinderungsbedingten Einschränkungen zu erreichen.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0307/2006**

Arbeitsbericht des Gesundheitsamtes 2005

Frau Dr. Kappenstein führte kurz in den Bericht ein und wies insbesondere auf die Arbeitsfelder Sozialpsychiatrie sowie Frühförderung und andere Angebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen hin. Im Folgenden beantwortete sie Fragen der Mitglieder.

Herr Gruber informierte über die in der AG 2 diskutierten Fragestellungen (vgl. Protokoll der AG 2 vom 07.06.2006 – Anlage 2). Dazu führte Frau Dr. Kappenstein aus, dass das Gesundheitsamt sich bemüht, zum Thema Impfungen aktiv mit den niedergelassenen ÄrztInnen zusammenzuarbeiten und z.B. durch Aktionen wie die Münsteraner Impftage die Aufmerksamkeit auf dieses wichtige Thema zu lenken.

Frau Dr. Kappenstein informierte, dass die Verhandlungen mit den Krankenkassenverbänden über die Anerkennung der städtischen Beratungsstelle für Entwicklungsfragen im Kindes- und Jugendalter als interdisziplinäre Frühförderstelle noch nicht abgeschlossen sind.

Die KIB nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0344/2006**

Geschäftsbericht 2005 des Sozialamtes

Herr Willamowski informierte kurz über den Geschäftsbericht des Sozialamtes.

Die KIB nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung

Anträge und Berichte aus den Arbeitsgruppen

Punkt 9.1 der Tagesordnung

Antrag der AG 1: Gemeinsamer Unterricht in der Sekundarstufe I

Frau Pinke stellte den Antrag vor. Die KIB schloss sich dem Anliegen des Antrages an und nahm lediglich kleine redaktionelle Änderungen vor.

Sie empfahl dem Hauptausschuss, wie folgt zu beschließen:

Das Schulamt wird beauftragt, in Kooperation mit der Schulaufsicht zu prüfen, welche weiterführenden Schulen in Münster sich für die Einrichtung von Gemeinsamem Unterricht in der Sekundarstufe I eignen. Dabei ist nach den Varianten "mit baulicher Anpassung für mobilitätseingeschränkte Schülerinnen und Schüler" und "ohne bauliche Anpassung für mobilitätseingeschränkte Schülerinnen und Schüler" zu differenzieren.

Ferner wird das Schulamt beauftragt, alle weiterführenden Schulen in Münster zu informieren, welche personelle und sachliche Unterstützung eine Schule erhalten würde, die sich bereit erklärt, Gemeinsamen Unterricht einzuführen.

Begründung:

Seit vielen Jahren gibt es an vier Grundschulen in Münster Gemeinsamen Unterricht für Kinder mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Die Erfahrungen mit der Integration sind dabei durchweg außerordentlich positiv.

An weiterführenden Schulen (ab Klasse 5) wird in Münster kein Gemeinsamer Unterricht angeboten.

Die Auswertung des Schulversuchs "Gemeinsamer Unterricht behinderter und nicht behinderter Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I - zieldifferent" und der Erfahrungen mit Sonderpädagogischen Fördergruppen, der vor einigen Jahren in NRW durchgeführt wurde, kommt (verkürzt) zu dem Ergebnis, dass integrativer Unterricht die Entwicklung von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf positiv beeinflusst.

In der überwiegenden Anzahl der kreisfreien Städte und der Kreise im Land Nordrhein-Westfalen gibt es bereits Schulen der Sekundarstufe I, an denen integratives Lernen in Form von Gemeinsamem Unterricht oder Sonderpädagogischen Fördergruppen angeboten wird. So auch in den an Münster angrenzenden Kreisen.

Die KIB wiederholt ihre letztmalig im Jahr 2003 formulierte Forderung nach Gemeinsamem Unterricht. Sie sieht darin auch gute Chancen, durch Integration Schulen zu erhalten, die aufgrund sinkender Schülerzahlen mittelfristig von der Schließung bedroht sind.

Punkt 9.2 der Tagesordnung

Berichte aus den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 2

Das Protokoll der AG 2 vom 27.04.2006 und 04.05.2006 wurden mit der Einladung verschickt.

Das Protokoll der AG 2 vom 07.06.2006 ist der Niederschrift beigelegt (Anlage 2).

Arbeitsgruppe 5

Das Protokoll der AG 5 vom 16.05.2006 wurde mit der Einladung verschickt. Herr Greiling berichtete ergänzend vom aktuellen Stand der Planungen zur Gestaltung der Fläche am Kreativkai.

Punkt 10 der Tagesordnung

Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist

Beirat der Arbeitsgemeinschaft Münster

Herr Sauer informierte über die letzte Sitzung des Beirates der Arbeitsgemeinschaft Münster, in der u.a. eine neue inhaltliche Struktur für das Arbeitsmarktprogramm 2007 beschlossen wurde.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Koch informierte, dass die Selbsthilfegruppe Probleme mit dem Passivrauchen sich bei ihr für die Unterstützung des Anliegens, das Rathaus rauchfrei zu halten, bedankt hat. Die Gruppe setzt sich dafür ein, dass auch in anderen städtischen und nicht städtischen Gebäuden Rauchfreiheit besteht. Dieses Anliegen wird von der KIB unterstützt.

Die Gesundheitskonferenz hat im März 2006 die Handlungsempfehlung „Tabakkonsum reduzieren in Münster bis 2010“ beschlossen – diese wird mit der Niederschrift verschickt. Ein Ziel dieser Handlungsempfehlung ist es, mehr rauchfreie öffentliche Räume in Münster zu schaffen.

Frau Holtz wies darauf hin, dass das Rauchverbot konsequent umgesetzt werden muss. So seien z.B. Aschenbecher im Eingangsbereich des Stadtweinhauses nicht angebracht. Sie kritisierte in diesem Zusammenhang auch die Aschenbecher im Eingangsbereich des Hauptbahnhofes, die so angebracht sind, dass alle BesucherInnen direkt daran vorbeigehen müssen.

Herr Sauer regte an, dass sich die KIB nach Verabschiedung des Antidiskriminierungsgesetzes über dieses Gesetz und seine Auswirkungen informiert und dazu evtl. einen Fachreferenten einlädt. Frau Rüter informierte, dass am 21.11. 2006 im Rahmen der Reihe „Frauen im Recht“ im Rathausfestsaal ein Vortrag zum Thema „EU-Antidiskriminierungsrichtlinien und Umsetzung in Deutschland“ geplant ist.

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

gez. Marianne Koch
Vorsitz

gez. Doris Rüter
Schriftführung